



13.6.1997

CDU

Christlich Demokratische Union

Regierungsprogramm

zur Bürgerschaftswahl 1997

Beschlossen vom CDU-Landesausschuß
am 13. Juni 1997



Vorwort

Liebe Hamburgerinnen,

liebe Hamburger,

wir leben in einer außergewöhnlichen Stadt. Einer Stadt mit unverwechselbarem Charakter und Flair. Und trotz dieser Schönheit, trotz unseres gemeinsamen Stolzes auf diese Stadt wissen wir: Es muß sich viel ändern.

In Ihren Händen halten Sie das Regierungsprogramm der CDU, aus dem Sie ersehen können, was wir jetzt ändern wollen und welche Visionen wir haben - vom Hamburg von morgen: Einer Stadt, in der man in Sicherheit lebt, deren Wirtschaft floriert, in der neue Arbeitsplätze geschaffen werden und die jungen Menschen eine Chance gibt.

Natürlich weiß ich auch: Papier ist geduldig. Sie werden aber sehen, daß in diesem Programm nichts versprochen wird, was nicht bezahlbar ist. Sie werden sehen, dieses Programm ist getragen von dem entschiedenen Willen, Hamburg durch Veränderungen stark zu machen.

Dabei liegt mir die Sicherheit der Menschen besonders am Herzen. Die dramatisch wachsende Gewaltkriminalität, der immer größer werdende Anteil straffälliger Kinder und Jugendlicher, Beschaffungskriminalität und Vandalismus haben in Hamburg unerträgliche Ausmaße angenommen.

Die amtierende Regierung verharmlost. Wir haben realistische Vorstellungen, wie wir unsere Stadt gemeinsam sicherer machen können.

Helfen Sie uns dabei, und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, daß diese Stadt ihren Charme und ihre Anziehungskraft auch im nächsten Jahrtausend entfalten kann.

Ole v. Beust

Ole von Beust



- 1 -

Wirtschaftlich starkes Hamburg

Für uns ist die "soziale und ökologische Marktwirtschaft" die einzige und erfolgreiche Form des Wirtschaftens, die persönliche Freiheit und staatliche Verantwortung sinnvoll verbindet. Aber über 90.000 Arbeitslose in Hamburg zeigen, daß wir in einer sozialen und auch wirtschaftlichen Schiefelage sind. Daher wird die CDU die Rahmenbedingungen in Hamburg so verändern, daß wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit der Umwelt wieder zu mehr Arbeitsplätzen führt und soziale Maßnahmen gezielt jene Mitbürgerinnen und Mitbürger erreichen, die sich selbst nicht helfen können.

1 Neue Arbeits- und Ausbildungsplätze in Dienstleistungsgewerbe und Handel

Im Wachstumsmarkt des Dienstleistungsgewerbes - so auch im Medienmarkt - bilden sich neue Unternehmen und Berufsfelder. Damit dort ausgebildet werden kann, brauchen kleine Firmen Unterstützung. Mit einem befristeten Förderprogramm für die Kosten außerbetrieblicher Ausbildungsabschnitte werden wir zusätzliche Lehrstellen schaffen. Viele Jugendliche ohne Schul- oder Berufsabschluß sind arbeitslos und aufgrund unzureichender Grundkenntnisse mit den Anforderungen der normalen Berufsausbildung überfordert. Begleitende Schulbildung ermöglicht den späteren beruflichen Aufstieg ohne Einschränkungen. Beispiele gibt es bereits im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Wir setzen uns dafür ein, daß neue Arbeitsplätze durch Dienstleistungsangebote für Beschäftigte in Privathaushalten, Haushaltsscheck-Verfahren, flexiblere Arbeitszeiten und Erweiterung von Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten (Mobilzeit) geschaffen werden.

2 Handwerk

Das Hamburger Handwerk steht unter Druck. 1996 sind 150 Firmen mit 1.500 Arbeitsplätzen ins Umland abgewandert. Die zunehmende Vergabe öffentlicher Aufträge an Großunternehmer mit Billiglohnkräften aus dem Ausland und die hohe Zahl von Schwarzarbeitern schwächen das Handwerk vor Ort.

Trotzdem hat das Handwerk gezeigt, daß es ein wesentlicher Motor bei der Schaffung neuer Ausbildungs- und Arbeitsplätze ist und auch künftig einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten wird. Deshalb wird die CDU öffentliche Aufträge so vergeben, daß auch kleine und mittelständische Handwerksbetriebe eine Chance haben. Wir werden mehr Gewerbeflächen bereitstellen und wirksame Mittel gegen die Schwarzar-



- 2 -

beit einsetzen. Durch die Übertragung von Arbeiten an private Unternehmen, die bislang der Staat durchführte, z.B. die Gebäudereinigung der Behörden, Pflege von Grünflächen oder die Unterhaltung von Kraftfahrzeugwerkstätten kann Hamburg Geld sparen und damit den örtlichen Wirtschaftskreislauf stärken.

3 Schwarzarbeit verhindern

In Hamburg gibt es etwa 100.000 Schwarzarbeiter. Dadurch finden viele Menschen keine reguläre Arbeit. Dem Staat und den Sozialkassen entgehen Milliardenbeträge. Wir werden die Verfolgung durch Sonderermittlungsgruppen verbessern und uns für Rahmenbedingungen einsetzen, die den regulären Arbeitsmarkt wieder voll funktionsfähig machen. Die CDU wird Unternehmen, die staatliche Aufträge bekommen, verpflichten, mit regulär Beschäftigten zu arbeiten und die Verantwortung für ihre Subunternehmer zu übernehmen.

4 Industrie

Hamburgs Industrie verliert pro Jahr ca. 5.000 Arbeitsplätze. Zu dem scharfen internationalen Wettbewerb kommen hausgemachte politische Probleme hinzu: Fehlende oder teure Gewerbeflächen erschweren Neuansiedlungen, Staus wie am Elbtunnel kosten Zeit und Geld, Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange, Arbeits- und Umweltschutzaufgaben werden in Hamburg besonders starr gehandhabt.

Weitere Kritikpunkte aus Sicht der Industrie: schlechte Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer und Schwierigkeiten, an Forschungsergebnisse Hamburger Universitäten zu kommen.

Neben Verbesserungen zugunsten des Wirtschaftsverkehrs, einer besseren Versorgung mit Gewerbeflächen und der besseren Nutzung von Forschungsergebnissen werden wir vor allem Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen. Unnütze Auflagen und Vorschriften werden wir streichen.

5 Gewerbeflächen

In Hamburg sind Flächen besonders knapp. In dicht besiedelten Stadtteilen haben selbst kleinere Firmen Probleme, Erweiterungsflächen zu finden. Diese sind teuer und teilweise mit überzogenen Auflagen versehen; wenn z.B. nur 40 % bebaut werden dürfen. Trotzdem sollen 215 ha Gewerbeflächen in Grünflächen umgewidmet werden.

Wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, darf diese Umwidmung nicht stattfinden. Mit neuen Gewerbeflächen werden wir für Arbeitsplätze insbesondere in den



- 3 -

Stadtteilen sorgen, die unsere besondere Unterstützung brauchen, z.B. in Wilhelmsburg. Brachflächen werden wieder nutzbar gemacht. In einer fairen Aufteilung von Kosten- und Nutzen werden wir gemeinsam mit Umlandgemeinden Gewerbe Parks erschließen.

6 Abgabenlast in Hamburg

Steuern und Gebühren sind in Hamburg in der Vergangenheit überproportional angestiegen. Der dritthöchste Gewerbesteuersatz Deutschlands erschwert Neuansiedlungen und führt zur Abwanderung von Industrie und Handwerk. Wir wollen, daß die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft wird. Wir werden staatliche Leistungen auf Privatfirmen übertragen und die Verwaltung verkleinern. Dadurch können kommunale Gebühren, z.B. für Müll, gesenkt werden.

7 Hafen

Der Hamburger Hafen ist mit rund 150.000 direkt oder indirekt abhängig Beschäftigten die Lokomotive der Hamburger Wirtschaft. Unzureichende Wassertiefe für moderne Containerschiffe und der Mangel an Umschlagsflächen für Container gefährden diese Position. Angesichts steigenden Umschlagvolumens sind die Bedingungen für den Hinterlandverkehr zu verbessern.

Wir sichern die Zukunft des Hafens durch die Vertiefung der Unterelbe und die Hafenerweiterung in Altenwerder. Weitere Projekte sind die Hafenquerspange sowie Umstrukturierungen im bestehenden Hafengebiet. Die CDU wird die Einführung von Computerinformationssystemen für die Waren-, Verkehrs- und Zollabwicklungen unterstützen.

8 Flughafen

Die Metropolregion Hamburg braucht einen dauerhaft leistungsfähigen Flughafen. Von ihm sind über 30.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt abhängig. Wir werden S-Bahn-Anschluß und Straßenausbau rasch realisieren.

Da der Standort Fuhlsbüttel nur begrenzt nutz- und ausbaubar ist und unlösbare Konflikte langfristig seine Zukunft gefährden, streben wir gemeinsam mit unseren Nachbarn die stadtnahe Verlagerung des Flughafens nach Kaltenkirchen unter Erhalt der Luft-hansa-Werft am bisherigen Standort an. Finanzierung und Weiternutzung der bisherigen Investitionen sind durch unser Konzept für die Messeverlagerung und städtebauliche Neunutzung der freiwerdenden Gelände gewährleistet.



- 4 -

9 Medienstandort Hamburg

Vom NDR, den privaten Sendern, Verlagshäusern und Medienunternehmen in Hamburg gehen Impulse zur technischen Innovation im Bereich der "neuen Medien" aus. Dieser Wirtschaftszweig wird die Zukunft unserer Gesellschaft in bisher ungeahnten Ausmaßen mitbestimmen und Arbeitsplätze schaffen. Medienunternehmen müssen daher verstärkt in Hamburg angesiedelt und diese Entwicklung effizienter gefördert werden.

10 Straßenverkehr

Die Handels-, Industrie- und Dienstleistungsmetropole Hamburg ist auf funktionierenden Verkehr angewiesen. Verzögerung notwendiger Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, Abbau im öffentlichen Nahverkehr und die Nadelstichpolitik gegen Autofahrer gefährden Hamburgs Zukunft. Staus kosten Hamburgs Bürger viel Zeit und Geld, ob Arbeitnehmer, Handwerker oder Spediteure; Schleichverkehre belasten die Wohngebiete. Hamburgs Straßennetz muß leistungsfähiger werden. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Straßenverkehrsplanung und ein funktionierendes Ringstraßensystem. Die vom Bund finanzierten Projekte wie vierte Elbtunnelröhre und Ausbau der A 7, Hafenspange, A 26, und Ortsumgehung Fuhlsbüttel werden von der CDU unterstützt. Wir werden die Ortsumgehungen für Finkenwerder und Barsbüttel und die Vervollständigung des Ringes 3 vorantreiben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn streben wir eine weiträumige Autobahnumgehung an. So entlasten wir die Wohngebiete vom Durchgangsverkehr.

Mit elektronischen Verkehrsleitsystemen einschließlich Grüne-Welle-Schaltungen mit Geschwindigkeitsampeln sorgen wir für besseren Verkehrsfluß. Ampelphasen und zulässige Höchstgeschwindigkeiten werden abgestimmt. Wir machen Schluß mit Bußgeldfallen, die nicht der Sicherheit dienen. Der Einzelhandel taugt nicht für Verkehrsexperimente. Daher werden wir Verkehrsberuhigung auf Wohngebiete beschränken. Mit modernen Parkleitsystemen (vorrangig für die City und Bergedorf) entlasten wir die Stadtteilzentren und fördern den Einzelhandel. Wir stoppen überflüssige, teure und schädliche Maßnahmen wie Verpollerung und Rückbau notwendiger Straßen, Busbuchten und Parkplätze. Statt dessen werden Hamburgs Straßen wieder instandgesetzt und hinreichend gepflegt.



- 5 -

11 Öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr muß so attraktiv werden, daß er zum Verzicht auf das Auto anreizt, soweit dies möglich ist. Wir werden zügig einen Nahverkehrsplan mit Qualitätsanforderungen erstellen. Dazu gehören Taktverbesserungen auf hochbelasteten U- und S-Bahn-Linien und die Überarbeitung des Busnetzes. Bei der Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen werden wir Sicherheit und Sauberkeit einfordern, diesen Standard werden wir auch in der Umgebung der Stationen sicherstellen. Taxen sollen mehr als bisher Busspuren und Busbuchten nutzen können, auch um den ÖPNV zu ergänzen.

Die gewachsene Stadt muß ihr Bahnnetz anpassen. Wir nehmen die Planungen für neue Strecken, insbesondere zur Erschließung unterversorgter Stadtteile, zum Ersatz überlasteter Buslinien und zur Herstellung notwendiger Querverbindungen wieder auf. Dabei werden wir zügig Entscheidungen zur Einführung der Stadtbahn treffen. Gemeinsam mit unseren Nachbarn wollen wir für bessere Bahnverbindungen mit dem Umland sorgen.

12 Flächennutzung

Überalterte und unvollständige Pläne behindern Hamburgs Stadtentwicklung. Der Flächennutzungsplan als zentrales Instrument der Stadtplanung ist fast ein Vierteljahrhundert alt; die bislang vorgelegten Hamburg-Pläne bedeuten keine Neuaufstellung, sondern nur eine Sammlung kosmetischer Änderungen. Wir werden den Flächennutzungsplan generell überarbeiten und mit Landschaftsprogramm, Generalverkehrsplan und Gewerbeflächenplan zu einem einheitlichen Plan verbinden.

13 Zukunft für Landwirtschaft und Gartenbau sichern

In Hamburgs Landwirtschaft und Gartenbau sind über 7.000 Menschen tätig, sie sind ein wichtiger Faktor für die Versorgung mit frischen Agrarprodukten und für die Landschaftspflege. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit die Betriebe konkurrenzfähig und umweltfreundlich arbeiten können. Dazu gehört auch, sie von überzogenen Ansprüchen der Stadtplanung freizuhalten. Auf Basis freiwilliger Vereinbarungen werden wir umweltgerechten Anbau besonders fördern.

Veröffentlichung der CDU Hamburg, Juni 1997, S. 10

14 Hochschulen

Die Hamburger Hochschulen sind für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg von großer Bedeutung. Momentan gehört der Hochschulstandort Hamburg zu den



- 6 -

Schlußlichtern unter den Bundesländern. Die katastrophale personelle und materielle Ausstattung muß dringend verbessert werden. Durch eine zukunftsorientierte Hochschulpolitik werden wir Überlast, Sparzwänge und Bürokratisierung überwinden. Wir sorgen dafür, daß unsere Hochschulen durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre, Bereitschaft zum Wettbewerb und stärkere Praxisorientierung zu einer Quelle der Innovation werden. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und anderen norddeutschen Hochschulen werden neue Technologien bereitgestellt. Die CDU wird die Hochschulen bei der Entwicklung neuer Studiengänge für den Arbeitsmarkt der Zukunft - z.B. in der Medienwirtschaft - unterstützen. Durch Straffung des Studiums und den Abbau von Bürokratie steigern wir seine Effektivität und Effizienz und verkürzen so die Studienzeiten.

15 Technologieförderung für Hamburgs Zukunft

In Hamburg gibt es über 20 Technologietransferstellen. Trotzdem haben Unternehmer, die Forschungsergebnisse vermarkten wollen, Schwierigkeiten, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, brauchen wir innovative Firmen, Produkte und Verfahren. Deshalb werden wir wenige zentrale Anlaufstellen schaffen und vor allen Dingen Kleinunternehmern und Existenzgründern die Suche nach Produktideen erleichtern. Existenzförderungsprogramme werden wir übersichtlicher machen und mehr Wagniskapital bereitstellen.

16 Leistungsfähige Schulen

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes wird immer stärker von der Ausbildungsqualität und der Leistungsfähigkeit der dort lebenden und arbeitenden Bevölkerung bestimmt. Deshalb muß die Förderung der Leistungsbereitschaft und der Leistungsfähigkeit junger Menschen im Bildungs- und Erziehungsauftrag unserer Schulen festgeschrieben werden. Die CDU wird jeden im Rahmen seiner Möglichkeiten optimal fördern, aber auch fordern. Wir werden auf eine Steigerung der Effizienz des Schulsystems hinwirken. Hamburgs Schülerinnen und Schülern werden wir ermöglichen, das Abitur nach 12 Schuljahren zu erlangen. Das Bemühen um sozial benachteiligte und lernschwache Kinder muß ergänzt werden um eine spezielle Förderung für Hochbegabte und Kinder mit besonderen Begabungen. Die CDU tritt für eine Qualitätsverbesserung des Hauptschulabschlusses und des Realschulabschlusses ebenso ein wie für die des Abiturs. Darüber hinaus ist es unser Ziel, daß der Berufsschulunterricht die unterschiedlichen schulischen Voraussetzungen und die differenzierten Anforderungen



- 7 -

der einzelnen Ausbildungsberufe berücksichtigt. In Abstimmung mit den Betrieben muß in den Beruflichen Schulen über die Frage Block- und Teilzeitunterricht entschieden werden.

17 Behörden als Dienstleister

Die Hamburger Verwaltung ist bisher viel zu wenig kundenorientiert. Damit ist sie oft Hemmschuh für wirtschaftliches Wachstum. Die CDU sorgt für eine stärkere Kundenorientierung und Mitarbeitermotivierung, z.B. durch Terminvergabe und eine nachfrageorientierte Verlängerung und Flexibilisierung der Behördenöffnungszeiten, insbesondere bei den Einwohnermelde-, Finanz-, Bau-, Wirtschafts- und Ordnungsämtern sowie Kfz-Zulassungsstellen. Wir werden die Wartezeiten für die Kunden verkürzen und die Bürokratie abbauen.

18 Schlankheitskur für Behördenspitzen

Die Freie und Hansestadt Hamburg leistet sich einen teuren, aufgeblähten Verwaltungsapparat. Der notwendige Personalabbau findet nicht in der Führungsetage, sondern auf der bürgernahen Verwaltungsebene statt. Die CDU setzt sich für eine Straffung des teuren Verwaltungsmanagements ein. Die Anzahl von Vorgesetzten im Verhältnis zur Zahl der Mitarbeiter werden wir reduzieren.

19 Wirksame Beschäftigungsprogramme

Bei Kosten von 300 Mio. DM für Hamburger Beschäftigungsprogramme werden im Gegensatz zu anderen Städten keine konkreten Zielvorgaben gemacht. Die großen städtischen Beschäftigungsgesellschaften Hamburger Arbeit und Hamburg West vermitteln nur ca. 18 % ihrer Beschäftigten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Pro vermitteltem Arbeitsplatz werden ca. 300.000 DM aufgewendet, dreimal soviel wie die Einrichtung eines normalen Arbeitsplatzes kostet.

Die CDU wird Beschäftigungsprogramme vorrangig auf dem ersten Arbeitsmarkt initiieren. Wir werden die Verwaltungskosten senken, Erfolgskontrollen einführen und kleine Träger berücksichtigen, die eine betriebsnahe Beschäftigung garantieren. Die Arbeitsmarktpolitik werden wir in die Verantwortung der Wirtschaftsbehörde geben. Neue Modelle wie private Arbeitsvermittlung und die Einschaltung von Zeitarbeitsagenturen werden wir stärker nutzen.



- 8 -

20 Kultur - staatliche Förderung und privates Engagement

Ein breitgefächertes und hochrangiges Kulturangebot ist als Standortfaktor von großer Bedeutung. Unser Ziel ist es, daß Hamburg in Zukunft nicht nur Hafenstadt und Wirtschaftsstandort, sondern auch Kulturmetropole bleibt. Um das Kulturangebot zu sichern, wird die CDU das private Engagement fördern und den effizienten Einsatz staatlicher Mittel gewährleisten. Deshalb werden wir die Überprüfung der Zuwendungsempfänger verstärken. Bei den Theatern werden wir durch eine längerfristige Festlegung der Zuwendungen für mehr Planungssicherheit sorgen, die Verselbständigung der Museen werden wir vorantreiben. Die Hamburger Staatstheater werden sich auf Eigenproduktionen und Gastspiele beschränken müssen, um nicht mit eingekauften Fremdproduktionen den privaten Theaterunternehmern Konkurrenz zu machen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Eigeninitiative, die sich anläßlich der Schließung von Bücherhallen gezeigt hat, genutzt und nicht durch Regularien behindert wird. Wir werden sicherstellen, daß die Bücherhallen in den Stadtteilen, in denen sie auch eine soziale Funktion erfüllen, erhalten bleiben und zu Bildungs- und Kulturzentren weiterentwickelt werden.

21 Energieversorgung

Die angestrebte Privatisierung der HEW hat für uns nicht nur finanzpolitische Gründe. Mit dem Verkauf weiterer Anteile - bis auf eine Sperrminorität - muß im freieren Energiemarkt insbesondere die langfristige Existenzsicherung des Unternehmens und seiner Arbeitsplätze verbunden werden. Dabei muß Hamburg Einfluß behalten. Strom und Fernwärme müssen mit umweltschonender Technik erzeugt und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

22 Umweltschutz

Vorsichtiger und schonender Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen dient der Zukunftsvorsorge. Dies werden wir bei städtischen Planungen und in der Forschungsförderung berücksichtigen. Wir werden Hamburg als Standort für Umweltunternehmen stärken, so durch wirkungsvolleren Technologietransfer und Einsatz moderner Hamburger-Umwelttechnik bei staatlichen Investitionen.

Weit über tausend Altlastenflächen in Hamburg zeugen von mangelndem Umweltschutz und schleppenden Maßnahmen. Durch zügige Sanierung werden wir Umweltgefahren abwehren und Gewerbeansiedlung durch Flächenrecycling ermöglichen.



- 9 -

Die Verwertung von Abfällen, insbesondere von Sperrmüll, ist der Verbrennung vorzuziehen. Wir werden das Duale System flächendeckend einführen. Müllsparen werden wir durch geringere Müllgebühren belohnen.

Hamburg muß dem zunehmenden Treibhauseffekt entgegenwirken. Deshalb lehnen wir es ab, Kernenergie durch klimaschädliche Kohle zu ersetzen. Die CDU wird klimaschonende erneuerbare Energien und Energiesparen fördern, z.B. durch Berücksichtigung in Bebauungsplänen und Abbau bürokratischer Hindernisse. Für die Kernenergie gilt: Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit.



- 10 -

Unsere Vision

Hamburg im Jahre 2010: Die Entscheidungen des CDU-geführten Senats haben Hamburg an eine Spitzenposition in Nordeuropa geführt.

Hamburg ist zum Dienstleistungszentrum für Nord- und Osteuropa geworden.

Der Hafen hat sich nach der erfolgreichen Bewältigung der Containerzuwächse als fester Wettbewerber gegenüber Rotterdam etabliert. Damit sind die Voraussetzungen zur Bewältigung der Verkehrsströme mit den aufstrebenden Staaten Osteuropas bis hin nach Rußland geschaffen.

Das Zusammenwirken eines gestrafften Technologietransfers mit gezielt eingesetzten Fördermitteln und verbesserten Möglichkeiten zur Existenzgründung hat neue Unternehmen nach Hamburg gebracht, deren Expansion mehrere tausend neue Arbeitsplätze schuf. Parallel konnte in einem gemeinsam mit einer Nachbargemeinde errichteten Gewerbepark eine Großproduktion biotechnologischer Produkte angesiedelt werden. Bei Systemen zur Verkehrsführung und -lenkung hat Hamburg durch zahlreiche Modellprojekte beim Warenumschlag im Hafen und auf den Straßen Hamburgs eine Spitzenstellung in Europa erlangt.

Die wiedergewonnene gute Schulbildung hat Hamburgs Schülerinnen und Schüler zu begehrten Arbeitskräften gemacht. Immer mehr junge Leute haben sich selbständig gemacht und dadurch Wachstumsimpulse ungeahnten Ausmaßes geschaffen.

Basis der Hamburger Wirtschaft sind Handwerk und Mittelstand geblieben. Nach einem Wachstumsschub durch die massive Privatisierung öffentlicher Leistungen wird ein hoher Beschäftigtenstand durch die konsequente Vergabe öffentlicher Aufträge an Klein- und Mittelbetriebe bei einer effektiven Bekämpfung der Schwarzarbeit sichergestellt.

Alles nur ein Traum? Wir können es schaffen!



- 11 -

Gerechtes Hamburg

Hamburgs Bürgerinnen und Bürger wissen, daß aufgrund der Haushaltssituation neue Wünsche und Forderungen immer weniger erfüllt werden können. Um so wichtiger ist es, daß politische Entscheidungen so gerecht wie möglich erfolgen. Gerechtigkeit heißt für uns nicht Gleichheit: Menschen, die sich nicht selber helfen können, brauchen unsere Hilfe. Andere, die sich aus eigener Kraft helfen können, brauchen keine staatlichen Zuwendungen. Deshalb - und weil es nichts mehr zusätzlich zu verteilen gibt - werden wir für ein gerechtes Hamburg kämpfen.

23 Gerechtigkeit und Lebensqualität für Hamburgs Stadtteile

Zahlreiche Stadtteile sind vom Senat bislang vernachlässigt worden. Wir werden ihnen wieder eine Chance geben durch gezielte, wirksame Sanierung, nachbarschaftsverträgliche Ansiedlung von Arbeitsplätzen und Korrektur der Fehlbelegungsabgabe.

Soziale Brennpunkte benötigen eine besondere Förderung und die Solidarität derjenigen, die nicht sozial benachteiligt sind. Deshalb werden wir darauf hinwirken, daß in den Stadtteilen, in denen die Bewohner in der Lage sind, sich zu organisieren und Fördervereine zu gründen, die staatliche Förderung z. B. bei Bücherhallen, Häusern der Jugend und Beratungsstellen durch Eigeninitiative ergänzt wird. Die CDU wird das Armutsbekämpfungsprogramm für die sozialen Brennpunkte neu strukturieren.

Wir werden ein zentrales Projektentwicklungsbüro schaffen, um den hohen Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

24 Kommunale Demokratie

Seit Jahren wird in Hamburg die Frage der Verwaltungsreform diskutiert. Die Bezirksversammlungen besitzen fast keine Kompetenzen, viele lokale Probleme irren auf langen Wegen durch die Hamburger Behörden.

Statt eine effiziente Verwaltung zu errichten und kommunale Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zu erreichen, hat der derzeitige Senat die Zentralgewalt weiter gestärkt und zugleich die kommunale Demokratie geschwächt.

Die CDU wird nicht nur die Bezirksbürgermeister unmittelbar durch die Bevölkerung wählen lassen, sondern auch den Bezirken als örtlichen Gemeinschaften die selbständige Erledigung ihrer Aufgaben zuweisen. Deshalb wird sie nach der Wahl umgehend

- 12 -

ein neues Bezirksverwaltungsgesetz einbringen, das den Grundsätzen einer arbeitsteiligen kommunalen Demokratie entspricht.

25 Bürgerfreundliche Stadtplanung

Fehler in der Stadtplanung, besonders bei Großsiedlungen, kommen die Bürger heute teuer zu stehen. Stadtplanung muß menschenwürdiges Leben ermöglichen; wir wollen keine neuen seelenlosen Mammut-siedlungen.

Bei der Planung neuer Stadtteile und größerer Neubaugebiete achten wir darauf, daß die Wohnvoraussetzungen - von Schulen und Kindergärten, Spiel- und Sportmöglichkeiten bis zu Einkaufsmöglichkeiten, Arbeitsstätten und Verkehrsanbindung - rechtzeitig realisiert werden. Verkehrsvermeidung und Umweltschutz werden wir von Anfang an berücksichtigen. In der Bauleitplanung werden wir Freiflächen vorsehen, die von den neu zugezogenen Bürgern mitgestaltet werden können.

Innovative Projekte flächenschonender Stadtentwicklung - beispielsweise die Überbauung der A 7 - werden wir fördern und den Sachverstand der Bürger in der Stadtplanung stärker zum Zuge kommen lassen.

26 Gerechte Wohnungspolitik

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Nur jeder vierte Hamburger, der Anrecht auf eine Sozialwohnung hat, erhält auch eine.

Unser Ziel ist bezahlbarer und familiengerechter Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir werden daher den Wohnungsbau gezielter fördern und bei kürzeren Förderzeiten mit gleichem Geldaufwand bis zu fünfmal mehr Wohnungen fördern. Mit Förderpauschalen regen wir preisbewußtes Bauen an. Mittelfristig werden wir das herkömmliche System der Vermieterförderung durch die direkte einkommensabhängige Mieterförderung ersetzen.

Die Fehlbelegungsabgabe werden wir gerechter und familienfreundlicher ausgestalten. In sozialen Brennpunkten soll sie nicht in voller Höhe erhoben werden.

27 Eigene vier Wände dürfen kein Privileg sein

Eigentum ist der beste Mieterschutz. Nicht einmal jeder fünfte Hamburger ist Wohnungseigentümer. Damit ist Hamburg Schlußlicht aller Länder. Deshalb werden wir breiten Schichten der Bevölkerung Wohneigentum durch gezielte Förderung und Grundstücksvergabe sowie durch Verkauf städtischer Wohnungen an die Mieterinnen und Mieter ermöglichen. Jeder Mieter, der seine Wohnung kaufen will, wird dies zu fai-



- 13 -

ren Bedingungen tun können. Wir wollen Mieter zu Miteigentümern machen, in dem wir die städtischen Wohnungsunternehmen umwandeln und den bisherigen Mietern Beteiligungen anbieten.

28 Obdachlosigkeit vermeiden - Obdachlosen helfen

Die zunehmende Zahl von Obdachlosen, insbesondere der steigende Anteil von Frauen und Jugendlichen, steht in krassem Widerspruch zum hohen Wohlstand der Region Hamburg. Obdachlose haben Anspruch auf unsere Solidarität. Der Obdachlosigkeit in Hamburg werden wir durch verbesserte Prävention und Stärkung des Selbsthilfepotentials begegnen. Initiativen wie Hinz & Kunzt und Hamburger Tafel haben viel bewirkt; wir werden solche Ideen unbürokratisch unterstützen. Mit Hilfe einer Dienstleistungsagentur sollen Obdachlosen einfache Tätigkeiten vermittelt werden. Statt der zentralen Unterbringung werden wir kleinere Unterkünfte bereitstellen.

29 Sozialhilfe

Um die zu schützen, die bedürftig sind und soziale Leistungen zu recht beziehen, und um diejenigen, die für ihr Geld hart arbeiten, nicht zu entmutigen und ihr Gerechtigkeitsgefühl nicht zu verletzen, muß Sozialhilfemißbrauch bekämpft werden.

Die CDU wird nach dem Vorbild anderer Städte in Hamburg Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozialhilfemißbrauch einleiten, indem die Bezugsvoraussetzungen genauer überprüft werden. Durch Einrichtung eines Außenermittlungsdienstes bei den Sozialämtern kann durch Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse die tatsächliche Bedürftigkeit der Antragsteller bei Verdachtsfällen festgestellt werden.

Wir werden Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten heranziehen. Ihnen wird dafür eine Mehraufwandsentschädigung zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlt. Gemeinnützige Arbeit bietet den Vorteil, daß einerseits Sozialhilfeempfänger Tätigkeiten ausüben, die für die Gemeinschaft sinnvoll sind und die Integration in normale Beschäftigungsverhältnisse fördern; und andererseits Schwarzarbeit verhindert wird.

30 Qualität in der ambulanten Pflege

Die CDU setzt sich für den verstärkten Ausbau der häuslichen Krankenpflege und von Kurzzeitpflegeeinrichtungen ein. Pflegebedürftige, behinderte und alte Menschen wurden jedoch durch die aufgetretenen Fälle von Abrechnungsbetrug bei den ambulanten Pflegediensten verunsichert. Diese Menschen können Qualität und Leistungsabrechnung der Pflegedienste häufig nicht kontrollieren. Deshalb wird die CDU bezirkliche



- 14 -

Pflegekonferenzen zur Qualitätssicherung einrichten und sich dafür einsetzen, daß geschultes Personal Voraussetzung für die Zulassung als Pflegedienst ist.

31 Krankenhauswesen

Die staatlichen Krankenhäuser werden aufgrund personeller Verquickungen gegenüber den nichtstaatlichen durch übermäßig hohe Haushaltsmittel und Besserstellung im Krankenhausplan bevorzugt.

Die CDU wird diese ungerechte Bevorzugung beenden. Wir werden die fachliche Vielfalt bei den nichtstaatlichen Krankenhäusern erhalten und fördern, damit die Patienten auch zukünftig die freie Wahl behalten, in welchem Krankenhaus sie sich behandeln lassen wollen.

Eine vollständige Schließung einzelner staatlicher Krankenhäuser lehnen wir ab. Schließungen wie die des Hafenkrankehauses im Stadtteil St. Pauli führen zu einer Gefährdung der gesundheitlichen Versorgung für die Menschen insbesondere in den betroffenen Wohngebieten.

Vorhandene Überkapazitäten werden wir durch Fusionen, Verbundsysteme und Kooperationsvereinbarungen abbauen und die Anpassung patienten- und mitarbeiterfreundlich vornehmen. Langfristig wird die CDU alle Kliniken des Landesbetriebes Krankenhäuser verselbständigen.

Wir werden mit Hamburgs Nachbarbundesländern verhandeln, sich an den Investitionskosten in Krankenhausbereichen mit Metropolfunktion für den norddeutschen Raum zu beteiligen.

32 Der Patient steht im Mittelpunkt

Im Zusammenhang mit strahlentherapeutischer Behandlung haben krebskranke Patienten schwere Schäden erlitten. Patienten und medizinisches Personal wurden verunsichert.

Die CDU wird sich bei gesundheitspolitischen Entscheidungen stärker an ethischen und christlichen Werten orientieren. Wir setzen uns dafür ein, daß die Aufklärung der Patienten über Risiken und alternative Therapien vor medizinischen Eingriffen verbessert wird, Therapiestandards entwickelt werden und behandelnde Ärzte ihre Behandlungskonzepte transparenter machen. In den großen Hamburger Krankenhäusern werden wir ethische Gesprächskreise einrichten.

Die CDU wird dafür sorgen, daß die Nachsorge verbessert und die ambulante und stationäre Behandlung besser verzahnt werden.



- 15 -

Wir treten dafür ein, daß der einzelne sich im Umgang mit den Angeboten des Gesundheitswesens verantwortungsbewußter verhält und der Hausarzt wieder die Rolle des Familienarztes einnimmt.

33 Opferschutz

Die Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft nimmt zu. Allein 1996 wurden in Hamburg der Polizei 9.322 Gewaltdelikte bekannt, davon 5.983 Raubdelikte. Die Opfer erleiden häufig schwere körperliche und seelische Schäden aufgrund von Körperverletzung oder sexuellem Mißbrauch. Zusätzlich hat für sie die Straftat wirtschaftliche Nachteile. Während der Täter, seine Tat, seine Verfolgung und Verurteilung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, bleiben die Opfer und ihr Schicksal häufig unbeachtet.

Der Rechtsstaat muß jedoch wirksamen und umfassenden Opferschutz gewährleisten. Die CDU wird das Rechtsbewußtsein stärken, da der beste Opferschutz die nicht begangene Straftat ist, und für konsequente Strafverfolgung sorgen. Den Opfern werden wir eine intensive Betreuung und Beratung zur Verfügung stellen. In den vier Polizeidirektionen Hamburgs werden wir Beratungsstellen für Opfer und Zeugen einrichten, bei denen durch psychologisch geschultes Personal die erste Information erteilt und Hilfestellung gegeben wird.

34 Chancengerechtigkeit für Frauen

Wir setzen uns für ein partnerschaftliches Miteinander in Familie, Gesellschaft und unter den Generationen ein.

Frauen mit Kindern finden in Hamburg trotz guter Qualifikation häufig nur schwer einen Arbeitsplatz.

Die CDU wird die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen so organisieren, daß sie mit den Arbeitszeiten von Frauen in allen Berufen besser harmonieren. Dazu gehören eine größere Anzahl von Plätzen mit einer arbeitszeitgerechten sechs- bis achtstündigen Betreuungszeit und bessere Bedingungen für Betriebskindergärten.

Die CDU wird parallel dazu auf die Wirtschaft einwirken, frauen- und familienfreundliche Arbeitsplätze bereitzustellen, damit Frauen ihrer Qualifikation entsprechend arbeiten können.



- 16 -

35 Bedarfsgerechte Kinderbetreuung

Das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen entspricht nicht den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern.

Ziel der CDU ist es, ein Kinderbetreuungsangebot unter Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit bereitzustellen. Wir werden Betriebskindergärten und - vorrangig in sozialen Brennpunkten - Hortangebote besser fördern. Es ist für die Stadt kostengünstiger, die Zuschüsse für Betriebskindergärten zu erhöhen und einen einmaligen Investitionszuschuß zu gewähren, als Plätze bei staatlichen Trägern einzurichten.

36 Gerechte Politik für Kinder und Jugendliche

Die Großstadt Hamburg wird Kindern und Jugendlichen oft nicht gerecht. Eine Stadt, die weniger Fläche für Spielplätze als für parkende Autos und Lkws bereitstellt, ist in der Gefahr, zur "Großstadt ohne Seele" zu werden. Erschreckend ist zudem, daß in den letzten fünf Jahren die Anzahl der Sozialhilfeempfänger unter 15 Jahren um 130 % gestiegen ist und die Jugendkriminalität erheblich zugenommen hat.

Wir werden Spielmöglichkeiten für Kinder bereits in der Stadtplanung stärker berücksichtigen und für mehr Sicherheit, Sauberkeit und kreative Spielangebote auf den Spielplätzen sorgen.

Die Arbeit der Selbsthilfegruppen Jugendlicher werden wir stärken. Auch müssen neue Angebotsformen in der Jugendarbeit gefunden werden, so durch Verknüpfung der Jugendsozialarbeit mit neuen Sportformen, die auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen, wie z. B. Streetballplätze und Inline-Skating-Bahnen. Mit einem vernünftigen Angebot von Jugend- und Freizeitstätten vermeiden wir Ghettobildung und die damit verbundene Gewalt. Statt fragwürdige "reisepädagogische Maßnahmen" durchzuführen, wird die CDU kriminelle Jugendliche gesichert unterbringen.

Vor allem im Ausbildungsbereich wird die CDU den Hamburger Jugendlichen eine Zukunftsperspektive anbieten. Durch vernünftige Rahmenbedingungen, z.B. bessere Koordinierung von Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben, muß die Hamburger Wirtschaft in die Lage versetzt werden, genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen.

37 Gerechte Ausstattung der Hamburger Schulen

Die Ausstattung der verschiedenen Schulformen in der Mittelstufe ist ungerecht. Bei Lehrerstunden, Sachmitteln und in der Schulraumversorgung gibt es große Unterschiede. Die CDU wird die Chancengerechtigkeit für die Schüler durch eine vergleichbare



- 17 -

Ausstattung aller Schulformen der Mittelstufe durchsetzen. Das bedeutet auch, daß die Gesamtschulen bei den Lehrerstunden und im Schulbau nicht länger bevorzugt werden. Wir wollen, daß Eltern in Klasse 4 die weiterführende Schule frei wählen können. Den Eltern behinderter Kinder werden wir die freie Wahl zwischen der Förderung in einer Sonderschule oder in Integrationsmaßnahmen ermöglichen. Die CDU wird die verlässliche Halbtagsschule in ein Wahlangebot für die Eltern umwandeln. Der Staat darf nicht durch Gesetz in die Erziehungsgewalt der Eltern im Freizeitbereich eingreifen.

38 Kürzere Studiengänge

Die Studienzeiten in Hamburg sind zu lang. Ein Studiengang sollte in der Regel in acht Semestern absolviert werden können. Daher müssen die Studiengänge umstrukturiert und Studieninhalte gestrafft werden. Wartezeiten, wie zum Beispiel beim Referendariat oder bei Seminaren, Praktika etc. müssen vermieden werden. Wir werden den Studierenden die Chance geben, frühzeitig die Berufspraxis kennenzulernen.

39 Förderung des Ehrenamtes

Ehrenamtliche Tätigkeit ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar, da hierdurch eine Vielzahl wichtiger Leistungen erbracht wird. Der Anteil der Frauen beträgt dabei bundesweit 80 %. Die Bereitschaft, Verantwortung im Rahmen eines Ehrenamtes anzunehmen, ist jedoch auf dem Rückzug. Deshalb werden wir bürokratische Hürden abbauen, durch Auszeichnungen die Anerkennung des Ehrenamtes stärken und die Information über das Ehrenamt in den Schulen verankern. Das Potential an Lebens- und Berufserfahrung der Senioren muß genutzt werden. Die CDU wird konkrete Maßnahmen besonders für Menschen in der nachberuflichen Phase ergreifen, um sie für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben zu gewinnen. Die Einrichtung einer Freiwilligenagentur, die Angebot und Nachfrage ehrenamtlicher Tätigkeiten bündelt und vermittelt, soll dabei helfen.

40 Sport

Sport nimmt auch in Hamburg eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wahr. Deshalb wird die CDU den Hamburger Sport weiter unterstützen und die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitarbeiter und Übungsleiter im Sport stärken. Sportpolitik der CDU steht für den Erhalt der dritten Schulsportstunde, die Schlüsselübergabe an Vereine, um Sportanlagen effizienter zu machen, sowie die langfristige Absicherung der 15 %-Regelung aus Lotto- und Totomitteln zur Förderung des Sports. Hallengebühren für Vereine wird es



- 18 -

mit der CDU nicht geben. Die verbesserte Talentförderung bildet, wie im Sportförderungsgesetz der CDU vorgesehen, einen weiteren Schwerpunkt unserer Sportpolitik, wozu auch die Unterstützung der Integrationsfunktion des Sports gehört.

41 Gemeinsam wählen mit den Unionsbürgern

Wir freuen uns, daß die Unionsbürger aus den anderen 14 EU-Staaten erstmals an den Wahlen zu den Bezirksversammlungen teilnehmen können. Dies folgt aus dem Maastrichter-Vertrag und ist ein weiterer wesentlicher Schritt für das Zusammenwachsen Europas. Die Unionsbürger sind keine Ausländer. Daher wird sich die CDU auch weiterhin für die volle Gleichstellung und Gleichbehandlung vor Hamburger Behörden einsetzen, damit sich Unionsbürger beispielsweise nur beim Einwohnermeldeamt und nicht auch noch bei der Ausländerbehörde melden müssen. Zur Gerechtigkeit gehört, daß alle Unionsbürger die gleichen Rechte und Pflichten haben.



- 19 -

Unsere Vision

Hamburg im Jahre 2010: Die Entscheidungen des CDU-geführten Senats haben zu einer neuen Kultur des Miteinander geführt.

Netzwerke von Bürgerhilfe sind entstanden. Solidarität statt Neid bestimmt das Leben in unserer Stadt. Ehrenamtliche Arbeit ist für viele Bürger selbstverständlich geworden. Durch Konzentration auf seine Kernaufgaben konnte der Staat dort wirkungsvoll helfen, wo es nötig war. Viele tausend Sozialhilfeempfänger haben durch Qualifizierung und Lebenshilfe im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit wieder Mut und Selbstvertrauen bekommen und konnten sich in den Arbeitsmarkt integrieren. Sozialhilfe ist kein Stigma mehr, sondern Hilfe zur Selbsthilfe.

Aus den ehemaligen sozialen Brennpunkten sind lebenswerte Quartiere geworden. Keiner der neuen Stadtteile ist zum Problemgebiet geworden. Dafür haben neben vorausschauender staatlicher Planung die Mitgestaltung durch die Bürger und Entscheidungen der kommunalen Organe gesorgt. Über die Hälfte der Hamburger sind Wohnungseigentümer und müssen keine Miete mehr zahlen. Wohnungsprobleme gehören der Vergangenheit an. Dadurch wurde auch die Abwanderung in das Umland gestoppt. Hamburgs Bürger sind stolz darauf, in einer solidarischen und gerechten Stadt zu leben.

Alles nur ein Traum? Wir können es schaffen!



- 20 -

Sicheres Hamburg

Wichtigste Aufgabe des Staates ist, das Eigentum, die Gesundheit und das Leben der Bürger zu schützen: Dafür hat er das Gewaltmonopol.

Zusammenleben in Frieden ist nur möglich bei einer Erziehung zu einem auf Toleranz gegründeten Normen- und Wertesystem. Es erfordert aber auch den entschlossenen Einsatz von Sicherheitskräften bei Verstößen gegen die demokratisch legitimierte Rechtsordnung.

In Hamburg haben Raub-, Gewalt- und Rauschgiftkriminalität explosionsartig zugenommen. Besonders bedrohlich ist die zunehmende Brutalität. Die Täter werden immer jünger. Seit Jahren wächst der Einfluß der organisierten Kriminalität in der Stadt.

Kriminalität wird von immer mehr Bürgern erlebt und bedroht sie.

Die Bürger haben das Gefühl, daß der Rechtsstaat den einzelnen nicht mehr schützen kann. Das haben Sozialdemokraten mit ihrem gespaltenen Verhältnis zu Recht und Ordnung zu verantworten. So darf es nicht weitergehen.

Die CDU will das Vertrauen der Bevölkerung in die Wirksamkeit ihrer Polizei und der Justiz wieder stärken. Durch Entlastung von polizeifremden Aufgaben wie z.B. die Abwicklung von Vermögensschäden bei Verkehrsunfällen sowie die Versetzung von Personal aus der allgemeinen Verwaltung und Rationalisierungsmaßnahmen steht wieder mehr Personal für die eigentliche Verbrechensbekämpfung zur Verfügung. Nur so kann Hamburg wieder zu einer sicheren Stadt werden.

42 Förderung der Werte in der Erziehung

Steigende Gewaltbereitschaft und zunehmende Kriminalität bei Jugendlichen sind unübersehbar. Der Verlust von Bindung an die Familie, mangelnde Fürsorge, Vernachlässigung der Erziehung und falsche Vorbilder sind Ursachen dafür. Deshalb werden wir uns für die Stärkung der Familie einsetzen und Eltern Hilfen anbieten. Der Vermittlung von Werten im Sinne des christlichen Menschenbildes in der Erziehung von Kindern und Jugendlichen gerade im Hinblick auf die Bekämpfung von Jugendgewalt werden wir einen größeren Stellenwert einräumen. Wir werden dafür sorgen, daß in den Schulen die Grundwerte unserer Gesellschaft vermittelt und gelebt werden.



- 21 -

43 Rückendeckung für unsere Polizei

Die Polizei wird von vielen Bürgern weder als Autorität noch als "Freund und Helfer" angesehen:

Die CDU wird mit einer breit angelegten positiven Aufklärungskampagne das Ansehen der Polizei im öffentlichen Bewußtsein wieder stärken. Dabei muß deutlich gemacht werden, daß die Polizei einerseits legal als Staatsorgan Macht ausübt und Anordnungen trifft, die befolgt werden müssen, andererseits aber auch als Dienstleistungseinrichtung für den Bürger zur Verfügung steht.

Die erheblichen Probleme der inneren Sicherheit erfordern für die Polizeibeamten einen stärkeren politischen Rückhalt.

Wir werden die Polizei personell, materiell und organisatorisch stärken, damit sie gegen den Einfluß der organisierten Kriminalität in Hamburg erfolgreich vorgehen kann.

Deshalb werden wir die Polizei durch eine zielorientierte Aus- und Fortbildung und durch eine Verbesserung der technischen und sachlichen Ausstattung in die Lage versetzen, diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden.

44 Bürgerengagement für die eigene Sicherheit

Ehrenamtliches Engagement bei Hilfsorganisationen und Freiwilligen Feuerwehren verdient hohe Anerkennung und trägt maßgeblich zu Sicherheitsgefühl und Schutz des Bürgers bei Notlagen im Alltag bei. Wir werden geeigneten Bürgern ermöglichen, im Freiwilligen Polizeidienst die Polizei zu unterstützen und so einen Beitrag zur Sicherheit Hamburgs zu leisten. Modelle dafür gibt es bereits in Bayern und Baden-Württemberg.

Wir treten dafür ein, daß Schulweghelfer die Übergänge vor den Schulen sichern, um Grundschulkindern mehr Schutz und Hilfe auf dem Schulweg zu geben.

45 Polizei vor Ort

Seit Jahren verzeichnet Hamburg eine sehr hohe Kriminalitätsrate. 1996 wurden in Hamburg 272.197 Straftaten angezeigt. Besonders drastisch ist der Anstieg der Gewaltverbrechen auf 9.322 Straftaten. Die vom Senat in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit haben kaum Wirkung gezeigt.

Die Kriminalität, die zunehmende Gewalt und der immer stärker werdende Einfluß der organisierten Kriminalität bleiben nicht ohne Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. In vielen Stadtteilen klagen die Bürger über fehlende Polizeipräsenz.

Erfolgreiche Polizeiarbeit basiert im wesentlichen auf den sozialen Kontakten auf der örtlichen Ebene. Die CDU wird die Polizeipräsenz und Bürgernähe dezentral durch Po-



- 22 -

lizeireviere, Polizeistationen und durch die vor Ort arbeitenden Polizeibeamten herstellen, denn nur wenn genügend Polizei vor Ort auf der Straße eingesetzt wird, können Verbrechen wirksam verhindert und bekämpft werden.

46 Kein Personalabbau bei Polizei und Feuerwehr

Der Personalabbau im Polizeivollzugsdienst und bei der Feuerwehr wird unverzüglich gestoppt. Zur Lösung der finanziellen Probleme bei der Polizei werden wir eine umfassende Aufgabenkritik vornehmen. Die Polizei wird von sachfremden Aufgaben entlastet, kommerzielle Großveranstalter müssen für Polizeidienste zahlen.

Daneben werden wir bei der Polizei die vorhandenen Planstellen aufgabengerecht verteilen. Zur Zeit fehlen durchschnittlich 6 Polizeibeamte pro Wache, die anderweitigen Dienst ableisten. Die Polizisten werden wir statt in Stäben und im Innendienst der Polizeireviere wieder zur Strafverfolgung einsetzen.

Auch die Feuerwehr hat mit Personalmangel zu kämpfen. Daher tritt die CDU dafür ein, daß die Berufsfeuerwehroleute zukünftig vom Wehrdienst befreit werden. Wir werden die Personalabgänge durch Neueinstellungen ausgleichen und die erforderliche Zahl von Ausbildungslehrgängen bereitstellen.

47 Schnelle Bestrafung von Straftätern

Die völlig überlastete Justiz in Hamburg kann die Fluten der Verfahren kaum noch bewältigen. Dadurch müssen Straftäter wegen Überschreitung der Untersuchungshaftzeit von sechs Monaten wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil die Hauptverhandlung nicht rechtzeitig anberaumt wurde. Bürger müssen viel zu lange auf Entscheidungen warten. Verfahren, die bis zu einem Jahr dauern, lassen das Vertrauen in eine handlungsfähige Justiz immer weiter sinken.

Strafe muß der Tat grundsätzlich auf dem Fuß folgen. Die Entkriminalisierung bestimmter Delikte ist keine Lösung. Vielmehr müssen alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Strafverfahrens und zur Straffung des Verfahrensablaufes genutzt werden. Die CDU wird das sogenannte "Bochumer Modell" in Hamburg einführen, bei dem Ladendiebe noch am Tag der Tat verurteilt werden. So werden viele kleine Fälle schnell und umgehend erledigt, ohne daß ein weiterer Bearbeitungsstau bei Staatsanwaltschaften und Gerichten verursacht wird.



- 23 -

48 Sicherer Strafvollzug

Die Sicherheit in den Hamburger Justizvollzugsanstalten hat erhebliche Mängel.

In den letzten drei Jahren sind rund 1.000 Häftlinge unrechtmäßig in Freiheit gelangt, weil das bestehende System der Lockerungen, nach dem Strafgefangenen Urlaub, Ausgang oder Freigang gewährt wird, häufig mißbraucht wird.

Wir werden die Lockerungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß die Sicherheit der Öffentlichkeit vor dem Recht des Häftlings auf Lockerung steht, stärker kontrollieren. Bei Anträgen von sogenannten Problemgefangenen (Lebenslängliche und Sexualstraftäter) werden wir externen Sachverstand heranziehen.

In den Strafanstalten beherrschen nicht Resozialisierung, sondern Gewalt, Rauschgift, Meuterei, Totschlag, Erpressung, Glücksspiel und Schwarzhandel seit gut zwei Jahrzehnten den Alltag. Etwa die Hälfte der untergebrachten Häftlinge ist entweder drogenabhängig oder sitzt wegen Drogenhandels ein. Die sogenannten drogenfreien Stationen arbeiten ohne Erfolg. Die CDU wird daher eine drogenfreie Anstalt einrichten, durch die der Kontakt Entzugswilliger mit Drogenkonsumenten, Drogen und Dealern innerhalb der Anstalt verhindert wird.

49 Konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter

Die Hamburger Strafvollzugsanstalten sind überbelegt. Dies schränkt eine differenzierte Behandlung der Häftlinge mit dem Ziel der Resozialisierung erheblich ein und führt zu Sicherheitsproblemen.

Auffällig bei der Belegung der Anstalten des geschlossenen Vollzuges ist der überproportionale Anteil von ausländischen Straftätern, der bei über 40 % liegt.

Ausländische Straftäter müssen nicht Hamburger Gefängnisse belasten, wenn Auslieferung, Ausweisung und Strafvollstreckung in ihrem Heimatland erfolgen können. Die CDU wird von den bestehenden rechtlichen Möglichkeiten konsequent Gebrauch machen. Wer als Ausländer in Hamburg straffällig wird, hat sein Gastrecht verwirkt.

50 Für ein drogenfreies Leben

In Hamburg werden der Drogenkonsum erleichtert, die Verabreichung von Heroin propagiert und Designerdrogen wie Ecstasy verharmlost.

Die CDU weiß, daß kein Weg zu einer vollständigen Beseitigung der Drogensucht führen wird. Oberstes Ziel von Drogenpolitik muß jedoch wieder ein Leben frei von Sucht und Abhängigkeit werden. Neben Prävention und Therapie werden wir restriktive Maßnahmen zur Eindämmung der Drogensucht in Hamburg offensiv anwenden und uns er-



- 24 -

forderlichenfalls für gesetzliche Ergänzungen einsetzen. Eine Legalisierung weiterer Drogen lehnen wir aus humanitären, gesundheitlichen, sozialen und gesellschaftlichen Gründen ab.

Für die CDU ist oberstes Ziel der Drogentherapie die Abstinenz. Substitution und andere Hilfen für Abhängige dürfen nur Zwischenstationen auf diesem Weg sein. Wir werden den Entzug und die Therapie ausbauen und neue Abstinenztherapien fördern. Die Methadonsubstitution wird von der CDU unterstützt. Eine Abgabe von Methadon an die Patienten hat jedoch nur unter ärztlicher Kontrolle und mit psychosozialer Begleitung zu erfolgen. Wir werden das Angebotsspektrum sozialer Hilfen wesentlich stärker regionalisieren. Die Drogen- und Suchtforschung werden wir intensivieren und besser koordinieren.

51 Maßnahmen gegen Korruption in der öffentlichen Verwaltung

Der Schaden für Bund, Länder und Kommunen durch Korruption allein im Baubereich beträgt ca. 10 Mrd. DM jährlich. Neben Frankfurt und Berlin zählt Hamburg zu den Hochburgen der Korruption. Beispiele sind der Bauskandal, die Korruptionsfälle bei den Nachlaßpflegschaften und die Korruption in der Ausländerbehörde mit jeweils mehreren hundert Fällen.

Wir werden Korruption und Bestechung den Boden entziehen. Unabhängig von dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetz zur Bekämpfung der Korruption wird die CDU eine gesetzliche Anzeigepflicht für Beamte bei Verdacht auf Bestechung im Amt, eine regelmäßige Rotation von Mitarbeitern in besonders gefährdeten Bereichen - etwa bei der Erteilung und Vergabe von Konzessionen und Erlaubnissen - einführen, eine zentrale Erfassungsstelle für Verdachtsmeldungen von Korruptionsfällen einrichten und korrupte Firmen von der Auftragsvergabe ausschließen.

52 Maßnahmen gegen Scientology, Sekten, sektenähnliche Vereinigungen und Psychogruppen

Sekten, sektenähnliche Vereinigungen und Psychogruppen geraten zunehmend ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Wo sie zur Besorgnis Anlaß geben, sind auch Staat und Gemeinschaft gefordert, tätig zu werden.

Eine der gefährlichsten Gruppierungen ist die Scientology Organisation, die in Hamburg ihre Zentrale für Norddeutschland unterhält. Es handelt sich bei Scientology nicht um eine Religionsgemeinschaft, sondern um eine kriminelle Vereinigung und ein menschenverachtendes Kartell.



- 25 -

Wir werden die Bevölkerung umfassend über die Gefahren von Scientology aufklären. Scientology ist nicht gemeinnützig; wir werden dafür sorgen, daß die Steuerfahndung die Geschäftspraktiken untersucht. Steuergelder, z.B. durch öffentliche Aufträge, werden durch uns nicht in die Kassen von Scientology fließen. Gemeinsam mit anderen Bundesländern setzt sich die CDU dafür ein, daß die zuständigen Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Verfassungsschutz die Scientology Organisation beobachten, um gerichtsverwertbares Material über die Organisation zu erhalten.

53 Sicheres und saubereres Stadtbild statt Vandalismus

Hamburg ist weitaus stärker von Vandalismus betroffen als andere große Städte; die Schäden sind zehnmal höher als beispielsweise in München. Wir sagen dem Vandalismus den Kampf an: Gefährdete Stellen der Stadt werden besser bewacht. Bürger, die diese Überwachung übernehmen, werden wir unterstützen, zum Beispiel durch den freiwilligen Polizeidienst. Schäden sollen zügig behoben werden. Die Täter werden wir zur Beseitigung der Schäden heranziehen.

54 Sturmflutschutz

Hamburg ist zur Zeit nicht so sturmflutsicher wie es sein müßte. Seit Jahren ist bekannt, daß Deiche und Flutschutzmauern erhöht werden müssen, doch es wurden keine Entscheidungen getroffen. Das Hochwasserschutzprogramm wird verzögert, da der Senat gegen den Rat der Betroffenen Millionenbeträge in Deichrückverlegungen steckte statt in vorrangigen Hochwasserschutz.

Wir werden schnellstmöglich die Sturmflutsicherheit herstellen, damit die Menschen in den tiefer gelegenen Stadtteilen in Sicherheit leben und arbeiten können. Deshalb werden wir Mittel für den Deichbau nur für solche Maßnahmen verwenden, die besseren Hochwasserschutz bewirken.



- 26 -

Unsere Vision

Hamburg im Jahre 2010: Die Maßnahmen des CDU-geführten Senats haben dazu geführt, daß sich Hamburgs Bürger wieder sicher fühlen. Polizeibeamte arbeiten in den einzelnen Stadtteilen Hand in Hand mit den Bürgern, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ihren Beitrag zur Sicherheit zu leisten. Hamburgs Polizei zählt zu den modernsten Europas, Entlastung von polizeifremden Aufgaben und Eigenverantwortung der Polizeireviere haben maßgeblich dazu beigetragen. Die Gerichte sind wieder arbeitsfähig, kein Bürger muß mehr jahrelang auf sein Recht warten. Ausbrüche aus Hamburgs Strafvollzugsanstalten gehören der Vergangenheit an. Die Bürger haben wieder Vertrauen in den Rechtsstaat.

Alles nur ein Traum? Wir können es schaffen!



- 27 -

Zukunft für Hamburg: Der Weg aus der Finanzkrise

55 Wirksame Haushaltskonsolidierung

Die Schulden nehmen in Hamburg seit langem jährlich zu. Inzwischen hat Hamburg über 35 Milliarden DM Schulden, auf jeden Bürger entfallen so 20.000 DM. Die Zinsen dafür verschlingen jede neunte Mark des Haushalts. Täglich zahlt Hamburg fünfzehn Millionen DM an Zinsen. Die Personalausgaben im öffentlichen Dienst nehmen jede zweite Mark unserer Steuereinnahmen in Anspruch. Im Bundesvergleich steht Hamburg erheblich schlechter da als der Durchschnitt der Länder und Gemeinden. Die derzeitigen Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung zeigen wenig Erfolg. Mit dem Verkauf öffentlichen Vermögens werden heute nur kurzfristig Haushaltslöcher gestopft, die strukturelle Entlastung des Haushalts findet nicht statt.

Wir wissen, daß man auf Dauer nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt. Deshalb werden wir den Hamburger Staatshaushalt strukturell entlasten. Das bedeutet, die Ausgaben für Zinsen und Personal zu senken, Verschwendung zu beseitigen, Subventionen zu kürzen, staatliche Zuwendungen transparenter zu machen und für eine Verbesserung der Einnahmen zu sorgen. Durch wirksame Konsolidierungsprogramme bewahren wir Hamburg vor dem finanziellen Ruin und legen die finanzielle Basis für Politik zugunsten des Bürgers.

56 Schuldenabbau zur Entlastung zukünftiger Generationen

Der hohe Schuldenberg Hamburgs befasst auch nachfolgende Generationen. Der bisherige Senat hat Hamburgs Tafelsilber längst im Pfandleihhaus versetzt. Die Zinsen sind weit höher als das, was uns selbst gewinnträchtige Staatsunternehmen einbringen.

Wir werden Unternehmensbeteiligungen, Grundstücke und andere Teile des Staatsvermögens, die nicht zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen, verkaufen. Die Veräußerungserlöse setzen wir zur Schuldentilgung ein. Damit fallen Zinsausgaben auf Dauer weg. Die wegfallenden Zinsausgaben entlasten den Haushalt strukturell und damit langfristig. Hamburg gewinnt wieder finanzielle Handlungsfähigkeit.

57 Reduzierung der Personalausgaben

Neben einer strengen Ausgabendisziplin erfordert die Haushaltsentlastung eine Reduzierung der Personalausgaben. Der Personalbestand des öffentlichen Dienstes in



- 28 -

Hamburg ist stark angewachsen und belegt inzwischen ein Siebentel des Arbeitsmarktes. Wir werden die Reduzierung der Personalkosten ohne Qualitätseinbußen und ohne Entlassungen vornehmen. Dafür werden wir Pensionierungen und Fluktuation nutzen, bisher staatlich wahrgenommene Aufgaben privatisieren sowie Arbeitszeiten verlängern und flexibilisieren.

58 Sicherung der Einnahmen

Die laufende Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben ist der falsche Weg. Solche kurzsichtige Art der Einnahmesteigerungen belastet nicht nur Hamburger Bürger und Unternehmen, sondern schadet auch der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts und damit den Steuereinnahmen. Die CDU wird die Steuergerechtigkeit wiederherstellen und durch den Einsatz zusätzlicher Betriebsprüfer die hohen Steuerschulden einfordern. Durch eine maßvolle Abgabenerhebung beleben und stärken wir den Wirtschaftsstandort Hamburg und ermöglichen damit die Zuwanderung von Unternehmen.

59 Mehr Gerechtigkeit bei der Steuerverteilung

Heute bleiben unserer Stadt weit weniger Steuern, als Hamburgs Finanzämter einnehmen. Die Steuern von über 250.000 Hamburger Arbeitnehmern fließen heute in das Umland, weil diese nicht in Hamburg wohnen. Wir streben an, daß die Steuern fair zur Hälfte zwischen Wohn- und Arbeitsort aufgeteilt werden.

Unbefriedigend und nachteilig für das Zahlerland Hamburg ist auch der Finanzausgleich zwischen den Ländern. So rutschte Hamburgs Finanzkraft durch Nichtberücksichtigung von Bundeszuweisungen an Empfängerländer vom vierten auf den vorletzten Platz aller Bundesländer. Das kann keine gerechte Verteilung sein. Die Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie kleinere Flächenländer, z.B. das Saarland und Schleswig-Holstein, erhalten im Finanzausgleich Zuschüsse für den Sonderbedarf "Kosten der politischen Führung", aber Hamburg geht leer aus. Wir können uns nicht selber helfen, wenn der Ertrag einer erfolgreichen Wirtschafts- und einer effizienten Sozialpolitik in den Kassen anderer landet. Wir wollen daher, daß kein Land nach dem Finanzausgleich zwischen den Ländern einerseits und zwischen Bund und Ländern andererseits schlechter gestellt ist als vor dieser Umverteilung. Eine gerechte Steuerverteilung würde dem Hamburger Haushalt mehrere hundert Millionen DM belassen.



- 29 -

60 Eine zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik

Ein konsolidierter Haushalt stellt die Handlungsbasis für eine zukunftsorientierte und solide Finanzpolitik sicher. Die CDU wird Überschüsse im Betriebshaushalt zur Finanzierung von Investitionen nutzen und so die Neuverschuldung der Freien und Hansestadt Hamburg reduzieren. Damit gewinnen wir finanzpolitische Handlungsfähigkeit zurück und setzen sie für die Zukunftssicherung der Stadt ein. Wir werden Wissenschaft, Technologie und innovative Unternehmen fördern. Längst überfällige Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur, vom Verkehr über Bildung und Kultur bis zu Gesundheit, Stadtentwicklung, Sozialwesen und Umweltschutz, stärken Hamburgs Wirtschaftskraft und urbane Attraktivität. Unser finanzpolitisches Ziel ist, daß Hamburg alle notwendigen Aufgaben aus eigener Kraft erledigen kann und dabei nicht über seine Verhältnisse lebt.



Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftlich starkes Hamburg.....	1
Neue Arbeits- und Ausbildungsplätze in Dienstleistungsgewerbe und Handel.....	1
Handwerk.....	1
Schwarzarbeit verhindern.....	2
Industrie.....	2
Gewerbeflächen.....	2
Abgabenlast in Hamburg.....	3
Hafen.....	3
Flughafen.....	3
Medienstandort Hamburg.....	4
Straßenverkehr.....	4
Öffentlicher Nahverkehr.....	5
Flächennutzung.....	5
Zukunft für Landwirtschaft und Gartenbau sichern.....	5
Hochschulen.....	5
Technologieförderung für Hamburgs Zukunft.....	6
Leistungsfähige Schulen.....	6
Behörden als Dienstleister.....	7
Schlanke Kur für Behördenspitzen.....	7
Wirksame Beschäftigungsprogramme.....	7
Kultur - staatliche Förderung und privates Engagement.....	8
Energieversorgung.....	8
Umweltschutz.....	8
Unsere Vision.....	10
Gerechtes Hamburg.....	11
Gerechtigkeit und Lebensqualität für Hamburgs Stadtteile.....	11
Kommunale Demokratie.....	11
Bürgerfreundliche Stadtplanung.....	12
Gerechte Wohnungspolitik.....	12
Eigene vier Wände dürfen kein Privileg sein.....	12
Obdachlosigkeit vermeiden - Obdachlosen helfen.....	13
Sozialhilfe.....	13
Qualität in der ambulanten Pflege.....	13
Krankenhauswesen.....	14
Der Patient steht im Mittelpunkt.....	14
Opferschutz.....	15
Chancengerechtigkeit für Frauen.....	15
Bedarfsgerechte Kinderbetreuung.....	16
Gerechte Politik für Kinder und Jugendliche.....	16
Gerechte Ausstattung der Hamburger Schulen.....	16
Kürzere Studiengänge.....	17
Förderung des Ehrenamtes.....	17
Sport.....	17
Gemeinsam wählen mit den Unionsbürgern.....	18
Unsere Vision.....	19



- 31 -

Sicheres Hamburg.....	20
Förderung der Werte in der Erziehung.....	20
Rückendeckung für unsere Polizei.....	21
Bürgerengagement für die eigene Sicherheit.....	21
Polizei vor Ort.....	21
Kein Personalabbau bei Polizei und Feuerwehr.....	22
Schnelle Bestrafung von Straftätern.....	22
Sicherer Strafvollzug.....	23
Konsequente Abschiebung ausländischer Straftäter.....	23
Für ein drogenfreies Leben.....	23
Maßnahmen gegen Korruption in der öffentlichen Verwaltung.....	24
Maßnahmen gegen Scientology, Sekten, sektenähnliche Vereinigungen und Psychogruppen.....	24
Sicheres und saubereres Stadtbild statt Vandalismus.....	25
Sturmfutschutz.....	25
Unsere Vision.....	26
Zukunft für Hamburg: Der Weg aus der Finanzkrise.....	27
Wirksame Haushaltskonsolidierung.....	27
Schuldenabbau zur Entlastung zukünftiger Generationen.....	27
Reduzierung der Personalausgaben.....	27
Sicherung der Einnahmen.....	28
Mehr Gerechtigkeit bei der Steuerverteilung.....	28
Eine zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik.....	29

Dieses Regierungsprogramm stellt besondere Schwerpunkte unserer Politik dar. Nicht alle Fragen können darin erschöpfend behandelt werden. Wenn Sie mehr wissen wollen, schreiben Sie uns.

Christlich Demokratische Union, Leinpfad 74, 22299 Hamburg.